

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1842**

79 (22.7.1842)

Ein Abonnement besteht aus 25 Nummern und kostet 40kr. Durch die Post bezogen für Baden 48 kr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

# Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 79.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände im Jahre 1842. [22. Juli.]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Bassermann, Bissing, v. Ihstein, Kuenzer, Martin, Rindeschwender, Sander, Welcher und Weller.  
Redigirt von dem Abg. Karl Mathy. — Druck von Malsch und Vogel.

23te öffentliche Sitzung der 2. Kammer.  
(Schluß.)

Bassermann. Ich werde mich durch die Bemerkungen des Abg. Schaaff, daß die Sache höchst wichtig sei, und vorerst in den Abtheilungen berathen werden müsse, nicht abhalten lassen, für den Antrag zu stimmen; denn eine deutsche Kammer darf, besonders in unserer Zeit, nie eine Gelegenheit versäumen, den Wunsch, der in dem Antrag liegt, laut werden zu lassen. Der Abg. Schaaff bezweckt übrigens mit seiner Bemerkung ohne Zweifel nicht eine reifliche Erwägung des Antrags, sondern er will denselben überhaupt nicht, denn er sagt ja auch, durch Schweigen erlange man mehr.

Schaaff. Der Herr Abgeordnete sieht mir in's Herz.

Bassermann. Es freut mich, daß ich den Herrn Abgeordneten erkannt habe. Was die deutsche Nation durch Schweigen erlangt hat, will ich nicht schildern. War es das Schweigen, das uns die Wiedergeburt Deutschlands brachte im Jahre 1813? Nein, die Geißel des ausländischen Eroberers war es. War es das Schweigen, das uns die Verbesserungen brachte, die nach dem Jahre 1830 doch hier und da in Deutschland zu Stande kamen? Nein, es waren die Kanonen der Julitage. War es das Schweigen, das eine neue Epoche im Jahre 1840 verkündigte? Nein, es waren die Kriegsgefahren, die von Außen drohten. Durch Schweigen hat man noch nie etwas erhalten, wohl aber durch beharrliches, kräftiges Fordern. Auch möchte ich wissen, ob sich die deutschen Fürsten bei dem Herrn Abgeordneten zu bedanken haben, wenn er sagt, die Fürsten werden um so weniger geben, je mehr man verlange. Wer dieses sagt, hat eine kindische Vorstellung von den deutschen Fürsten. Wenn ich etwas geben soll, so frage ich nicht, ob Jemand die Forderung ausspricht, sondern nur, ob er das Recht dazu hat, und ob ich zur Befriedigung verpflichtet bin. Der Abg. Trefurt bemerkte ferner, die jetzige Kammer sei nicht geeignet, einen solchen Wunsch auszusprechen und wenn sie es thue, so werde sie der Erfüllung dieses Wunsches selbst entgegen wirken, denn sie habe kein gutes Beispiel gegeben, wie man eine ständische Verfassung zu handhaben und in's Leben zu führen habe, und sie könne deshalb auch andern Regierungen, die noch keine ständische Verfassung eingeführt haben, kein Gelüste nach solcher einflößen. Wenn freilich der Wunsch dahin ginge,

solche Landstände in andern Ländern einzuführen, wie sie sich, nach meiner Ueberzeugung, der Abg. Trefurt denkt, Stände, bei welchen jener freisinnige und liberale Geist herrscht, zu dem sich der Herr Abg. Trefurt bekennt, dann sollen die Regierungen lieber keine Stände errichten und keine Verfassung geben. Lieber will ich gar keine Stände, als solche, die nur das sanctioniren, wozu außerdem den Regierungen vielleicht der Muth fehlte. Wenn dann endlich der Abg. Plag von Revolutionen spricht und auf den schlimmen Gang hinweist, den solche bei anderen Völkern genommen haben, so frage ich, ob es einen friedlicheren Weg giebt, als denjenigen, den wir zu betreten im Begriff sind. Appelliren wir etwa an die Gewalt, oder appelliren wir nicht gerade an den Bundestag selbst? Es giebt unter uns Deutschen Leute, die eine Hoffnung für Deutschland nicht in Deutschland selbst erblicken, sondern nur auf das Ausland und die Verhältnisse des Geschickes, so wie auf Unglück und Blutbad rechnen, weil sie gesehen haben, daß nach der Schlacht von Jena und nach den Eroberungen der französischen Heere eine hellere Sonne über Deutschland aufstieg. Andere setzen ihre Hoffnungen auf den Zollverein und wieder Andere auf Preußen, das jetzt einige Schritte vorwärts gethan hat. Was giebt es aber Friedlicheres, als seine Hoffnungen auf diejenige Behörde setzen, die allein Deutschland als Deutschland repräsentirt, nämlich auf die Bundesversammlung? Einen gesetzmäßigeren Weg giebt es nicht. Wohl weiß ich, daß das Wort Bundestag seit einer langen Zeit mit wenig Freude und Hoffnung genannt wird. Es ist aber eine bessere Zeit angebrochen, und ich sollte denken, der deutsche Bund würde sich nur selbst zu Nutzen handeln, wenn er eingieng auf die allgemeinen dringenden Wünsche und Hoffnungen. Er hat es aber noch nicht gethan. Man spricht so viel von Einheit. Haben wir aber auch nur ein deutsches Wappen, eine deutsche Flagge, eine deutsche Fahne oder ein gemeinschaftliches deutsches Gefeg? Der Abg. Plag und seine Freunde sehen nichts desto weniger die Dinge in rosigem Lichte; ihnen ist es bequem und behaglich in dem gegenwärtigen Zustande, und ich vergleiche sie mit der Taube in Göthe's Fabel: „Ein Adler wurde in den Flügel geschossen und stürzte herab; er fiel in die Nähe einer Taube, die sein Klagegeschrei vernahm. Die Taube sagte: was klagst du, Adler? du siehst ja ringsherum die guten Gewächse, du kannst dich nähren und sätern, wenn du auch nicht fliegen kannst; was willst du

mehr? Der Adler aber antwortete der Taube nicht, sondern, wie der Dichter sagt, er blickte empor zur Ciche und eine Thräne füllte sein hohes Auge.“

Mö r d e s erkennt in dem Vortrage des Abg. Welcker die ursprüngliche Auffassung der Bundesakte und der gleichzeitig erschienenen Fundamentalgesetze, und eine Vergleichung mit der faktischen Entwicklung seit 1819, welche von jener Auffassung abgewichen sei. Die Art der Darstellung und die Besorgnisse für die Zukunft seien Sache des Redners. „In der Hauptsache selbst aber, und dies haben auch die Gegner anerkannt, fühlt man schmerzlich, und die ganze Nation fühlt mit uns, daß Lücken in unserm deutschen Zustande bestehen, die in den gefährvollen Zeiten, die wir voraussehen, ein nahes Ende erleben können. Was ist nun bei dieser Auffassung der Dinge zu thun? Der Abg. Welcker schlägt uns den bescheidensten, einfachsten Weg vor, nämlich uns bittend an die Regierung zu wenden, daß auch sie dieser Salamität ihre Augen zuwenden möge, was immer Sache ihrer eigenen Erwägung bleibt, so fern sie wirklich nicht verkennen kann, daß Lücken da sind, auf deren Abstellung bei dem Bundestag gewirkt werden soll. Man hat gegen diese einfache, bescheidene Entwicklung der Ideen des Abg. Welcker und gegen die Mittel zu ihrer Vollführung von verschiedenen Seiten Bedenken aufgeworfen. Ich lasse es dahin gestellt seyn, mit Denjenigen zu rechten, die uns freundlich zuriefen: ihr Herren, die ihr hier sitzt, und zwar als die Einzigen, denen es noch vergönnt wird, offen und laut ihre Stimme zu erheben, bescheidet Euch und schweigt still; es kommt die Zeit, wo man, der Gewalt oder etwas Anderem überdrüssig, von selbst angemessen finden wird, das, was ihr wollt, unaufgefordert zu geben! — Ich habe, wie jeder Deutsche, gelernt, mich zu gebulden; allein soweit kann ich dies nicht, um den Zeitpunkt der Gefahr ruhig herannahen zu sehen, was man als das beste Auskunftsmitel bezeichnet hat. Noch schmerzlicher hat mich aber die Bemerkung eines Redners angeregt, weil sie nicht aus eigenen Reflexionen und Klugheitsregeln entnommen ist. Der Abg. Trefurt erinnerte uns nämlich an unser eigenes Beispiel. Diese Sentenz, so allgemein ausgesprochen, hat ihr unbestreitbar Wahres; allein ich glaube und hoffe zu seiner patriotischen Gesinnung, daß er den Sinn nicht damit verbinden wollte, der leicht damit verbunden werden kann. Es sind besonders die Ausnahmsgesetze, um deren Aufhebung man sich hier verwenden will. Die Geschichte der Entstehung und der Anlaß dieser Ausnahmsgesetze führt auf eine betrübte Zeit zurück. Es war die Zeit, wo man manche Verirrungen sah, die sich längst gelegt haben, obgleich man immer noch zögert, die dagegen aufgethürmten Schranken zu entfernen. Wenn man uns aber zuruft, daß wir insbesondere nicht berufen seien, diesen Ausnahmsgesetzen ein Ende zu machen; — wen könnte da nicht der Gedanke beschleichen, daß uns darum das Gehör verweigert werden möchte, weil wir sympathisirend mit den Männern auftreten, gegen deren Treiben jene Maßregeln zunächst gerichtet waren? Ich hoffe, der Herr Redner werde nicht wollen, daß man die Sache so auffasse; denn nicht uns zunächst würde diese — ich sage es ohne Scheu — feste Berunglimpfung

gelten, sondern dem ganzen badischen Volke. Bis zu dem Jahr 1841 hat man eine solche Bemerkung in diesem Hause nicht gehört. Seit dieser Zeit ist es, aus Motiven, die ganz Deutschland und Baden bekannt sind, in Beziehung auf die Vertretung der politischen Gesinnungen, anders geworden. Die Mannhaftigkeit des badischen Volkes hat dafür gesorgt und dieses hat nun auch die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen. Auch wird es meinen Sinnesgenossen und mir leicht seyn, zu beweisen, daß man hier nicht eine Repräsentation findet, von der der Bundestag glauben könnte, sie selbst sei aus Elementen der Demagogie zusammengesetzt, um revolutionäre Maßregeln ins Leben treten zu lassen. Ich sage dieses, damit man nicht glauben kann, es bestehe die Kammer aus Mitgliedern, die sich nicht aus bloßer Humanität, sondern vermöge einer gefährlichen Gesinnung für den Antrag des Abg. Basermann aussprechen, vor welcher Gesinnung Gott alle Mitglieder dieses Hauses und jeden Bürger im Staat bewahren möge. Dies sollte vielleicht dem Bundestag eingeimpft werden, um unserer Bitte kein Gehör zu schenken. Sie werden fühlen, welche Reihe von Betrachtungen sich an solche Bemerkungen knüpfen lassen und ich fühle mich deshalb berufen, eine Protestation dagegen einzulegen.

Sander. Diese Diskussion ist der beste Beweis der Unwahrheit dessen, was der Abg. Trefurt gesagt hat.

Gerbel dankt dem Abg. Welcker dafür, daß er seit 1831 sich zur Aufgabe gemacht habe, das zu fordern, was dem deutschen Volke gebühre und Wahrheiten zu sagen, die nicht oft genug wiederholt werden können. Sein heutiger Antrag verlange weiter nichts, als daß der Vertrag, wodurch der Bund zu Stande kam, in Erfüllung gehe, der Vertrag, den die Völker mit ihrem Blute besiegelt haben. Der Weg, den er gewählt, sei der rechte; nicht ein stumpfsinniges, serviles Guthelßen alles dessen, was die Regierungen thun. Nur wenn die Verheißungen erfüllt werden, könne man der Gefahr ruhig entgegensehen. Auf dem Wege des Abg. Trefurt komme man nicht zum Ziele; derselbe sei ohnehin mit sich selbst im Widerspruch, da er die ausgesprochenen Wünsche theile und doch verlange, daß sie in die Abtheilungen gewiesen, d. h. zu Grabe getragen werden. Wenn es dem Abg. Trefurt gelänge, seinen Geist der Versammlung einzuhauhen, so würde er sich bedanken, länger in diesem Saale zu sitzen, denn diesen Geist halte er für verderblich; hier soll eine Volksrepräsentation bestehen und keine Regierungsrepräsentation. Wenn man die Anträge der Budgetkommission betrachte, so werde man den Geist nicht finden, den der Abg. Trefurt der Kammer andichte.

Jung h a n n s will über einen Gegenstand von so zarter Natur sich nicht ausführlich verbreiten; auch nicht über die hannoversche Angelegenheit, worüber in allen deutschen Kammern nur eine Stimme sei.

Der Abgeordnete Welcker habe das Gute erwähnt, was man dem Bunde noch nicht verdanke; allein er habe das viele Gute, was derselbe schon gewirkt, ganz vergessen; z. B. die Rechtsgleichheit aller Religionsparteien, das Recht der freien Auswanderung, so wie, daß der Bund ein Band

der deutschen Nationalität geworden. Für eine summarische Behandlung hält er den Gegenstand zu wichtig und unterstützt den Antrag des Abg. Schaaff auf Tagesordnung.

Zülig. Es ist in dieser Saale nicht widersprochen worden, und auch der Abg. Blas hat anerkannt, daß in Deutschland ein neues Nationalgefühl erwacht sei und sich in vielfacher Weise zu äußern bestrebe. Das Wiedererwachen dieses Nationalsinns hat der Abg. Blas von der Bildung des Zollvereins abstrahirt und ich gebe auch zu, daß die Gründung dieses Vereins viel dazu beigetragen haben mag. Aber nicht aus dieser Quelle allein ist es ausgegangen, sondern viele Ursachen haben dabei mitgewirkt. Alles, was in den letzten Jahren vor unsern Augen geschah, was in öffentlichen Schriften verhandelt, auch was heute in diesem Saal gesprochen wurde, wird bei denen, die davon vernehmen, dazu beitragen, diesen deutschen Nationalsin zu kräftigen. Darum freue ich mich dieser Stunde, und fühle mich geehrt, heute in diesem Saale zu sitzen. Ich glaube mich an dieser Stätte heute in einem Heiligthum zu befinden, und bin überzeugt, daß viele andere deutsche Herzen sich ebenso freudig und wohlthätig werden angeregt fühlen durch dasjenige, was heute in diesem Saale verkündigt wurde. Ich bin deshalb auch der Meinung, daß wir uns gerade heute auf dem Wege befinden, den der Abg. Trefurt gewünscht hat, nämlich auf dem Wege des guten Beispiels, und auf dem Wege, etwas Gutes zum Ziel zu führen. Indem ich den Antrag des Abg. Welcker unterstütze, gebe ich unserer Regierung die Ehre, in der hohen Versammlung zu Frankfurt hinsichtlich der Wahrung solcher Interessen, die eben so sehr den Regierungen, als den deutschen Völkern am Herzen liegen müssen, voranzugehen. Ich möchte aber der badischen Regierung nicht allein diese Ehre, sondern auch ihr besonderes Recht wahren. Denn Baden darf nicht vergessen, daß es ein langes schmales Grenzland gegen jene Grenze hin ist, von welcher Deutschland immerhin am meisten Gefahr zu fürchten hat. Darum ist die badische Regierung und auch die badische Kammer insbesondere berechtigt, alles dasjenige zu thun, was den deutschen Nationalsin wecken und somit Deutschland für die Stunden der Gefahr stark machen kann. Ich hoffe also auch, daß die badische Regierung in diesem Sinne handeln wird, wenn sie den Wunsch, den der Abg. Welcker in seinem Antrage ausgesprochen hat, zum Gegenstand von Unterhandlungen bei der Bundesversammlung macht.

Blas entgegnet dem Abg. Bassermann, daß er keineswegs Alles in rosigem Lichte, aber auch nicht alles schwarz sehe; eben so wenig glaube er, daß an den deutschen Zuständen nichts mehr zu verbessern sei. Dem Abg. Zülig erwidert er, daß er nicht dem Zollverein allein den Aufschwung des Nationalsinnes zugeschrieben, sondern nur gesagt habe, der Zollverein habe, neben der geistigen Einheit, die auf dem Wege wissenschaftlicher Entwicklung bewirkt worden sei, auch eine materielle Einheit Deutschlands herbeigeführt.

Trefurt. Ich nehme dem Abg. Bassermann den Vorwurf nicht übel, daß mein Begriff von Liberalismus Knechtsinn sei; das Urtheil überlasse ich der öffentlichen Meinung. Das Gleiche antworte ich dem Abg. Gerbel, wenn er den

Geist, den ich im öffentlichen Leben entwickle, verderblich nennt. Ich muthe ihm nicht zu, besser von mir zu denken, als ich von ihm. Der Redner widerspricht dem Vorwurf, daß er die Grundsätze seiner politischen Gegner habe verdächtigen wollen und will versuchen, den Sinn seiner Rede in einem Gleichniß darzulegen. Denken Sie sich einen Vater, der zwei Söhne hat, denen er zum Christfest unter andern auch schöne Instrumente zu einer Janitscharenmusik gibt. Die beiden Knaben fallen vergnügt darüber her und machen einen entsetzlichen Lärmen. Der Vater kann dies nicht ertragen und nimmt ihnen diese Dinge weg. Die beiden Knaben benehmen sich nun auf ganz verschiedene Weise. Der eine ist ungeberdig und ärgert den Vater mit Unarten. Der andere dagegen wendet sich bescheiden an den Vater und bittet ihn, er möchte ihm nur eines der Instrumente anvertrauen. Der vernünftige Knabe erhält hierauf die Flöte, lernt sie kunstgerecht spielen und wird allmählig ein geschickter Musiker. Nun gibt ihm der Vater den ganzen Apparat wieder zurück und beide spielen in schönster Harmonie, während der andere Knabe fortfährt, unartig zu seyn und den ganzen Tag zu lärmen.

Posselt theilt den Wunsch des Hrn. Antragstellers von ganzem Herzen und glaubt, daß kein Mitglied ihm entgegen sei. Der Art der Ausführung schließt er sich dagegen nicht an. Da er übrigens die Motivirung für eine persönliche Sache des Redners hält, so schließt er sich der Ansicht an, daß der Antrag sofort zur Abstimmung gebracht werde.

Gottschalk. Wenn ich je einmal von dem Gerede der Menschen confus geworden bin, so ist dies heute der Fall. Alle in diesem Saale wollen das Gleiche; allein die Einen wollen es in stummer Rolle, und Andere wollen es nur nicht mit uns. Das Letztere könnte ich als eine Beleidigung nicht nur für uns, sondern für das badische Volk ansehen; ich glaube aber, daß wir nicht dem Urtheil der Abg. Trefurt und Blas, sondern nur dem Urtheil des ganzen Volkes unterliegen. Wer das Gute will, muß zeigen, daß er es wirklich will, und er muß es immer wollen. Hier handelt es sich auch nicht um einen Spas, sondern wir sind verpflichtet das Gute ernstlich zu fordern. Wenn ich mich gegenüber der Bundesversammlung denke, so möchte ich alles dasjenige, was bisher gesagt wurde, kurz zusammenfassen und ihr freundlich zurufen, sie möge nur deutsch mit uns seyn und alles Mißtrauen entfernen. Alsdann wird sie unserem guten Fürsten gewiß ein treues und kräftiges Volk erziehen und erhalten. Dies sind die Gründe, warum ich dem Antrag des Abg. Welcker zustimme. Zum Schluß erlaube ich mir noch darauf zurückzukommen, daß das kostbare Geschenk einer Verfassung mit dem Christkindchen verglichen werden konnte. Es hat mich dies tief erschüttert, denn wie der Abgeordnete Trefurt ausführte, nimmt der Vater seinem Kinde das Geschenk wieder, weil es sich zu viel freute. In unserer Lage möchte ich eine ganz andere Vergleichung aufstellen. Die provisorischen Ausnahmsgesetze mahnen mich daran, wie man dem ungezogenen Kinde den einen Arm bindet. Ich denke aber, der gute Vater werde uns das Band lösen, und versuchen, ob wir würdig sind, die Gabe der Freiheit zu genießen.

Trefurt. Der Abg. Gottschalk wird doch das Christkindchen nicht für ein unziemliches Beispiel halten.

Bassermann. Die Völker sind keine Kinder.

Welcker. Das Gleichniß war doch wenigstens etwas höflicher, als der Tölpelmerks des Schwarzwälders.

Mördes. Es widerstrebt meinem Gefühl, auch bei dem entschiedensten politischen Gegner Gesinnungen zu finden, die ich gerne entfernt wüßte. Ich habe deshalb auch die Erwartung und den Wunsch gehegt, es möchten mir die Bemerkungen, welche der Abg. Trefurt etwa noch zu machen hätte, einen Theil des Stoffes entziehen, worüber ich sprechen wollte. Ich sah mich freilich durch dasjenige, was er nachträglich bemerkte, bitter getäuscht. Nicht als ob ich das unschuldige Christkindchen für ein ungeeignetes Beispiel erkennen könnte, sondern durch die Art, wie er diese Parabel entwickelte, deren Sinn hiernach fast noch verlegendender für die deutschen Völker ist, als die Bemerkung, die uns gemünzt war. Wenn man der Meinung ist, daß das Verhältniß zwischen der Nation und dem Staatsoberhaupt das patriarchalische sei, wonach das Oberhaupt als weiser Vater allein den Zeitpunkt zu bestimmen hätte, wo die unschuldigen Kindlein bei ihrem Heranwachsen das Spielzeug ohne Gefahr brauchen können, so kann man allerdings zu dem Raisonnement kommen, womit der Abg. Trefurt seinen Sinn erläutern wollte. Die Völker, die nicht so glücklich sind, eine Verfassung zu haben, werden ihm nicht Dank wissen für die Rolle, die er ihnen neben den mündig gewordenen Völkern anweisen will.

Bader. Ich beschränke mich auf die kurze Erklärung, daß ich den Antrag des Abg. Welcker unterstütze.

Der Präsident schließt hierauf die Diskussion und äußert, daß die Kammer nunmehr über den Antrag des Abg. Welcker (S. Nr. 76, Seite 298) zu entscheiden habe.

Da auf eine Anfrage des Abg. Schaaff, ob der Herr Regierungskommissär zu der abgekürzten Form der Schlußfassung seine Zustimmung gebe, Hr. Geh. Legationsrath v. Marschall erklärt, daß er in eine Abweichung von den vorgeschriebenen Formen der Behandlung nicht einwilligen könne, bemerkt der Präsident, daß alsdann nach §. 69 der Geschäftsordnung eine Entscheidung im Augenblicke nicht stattfinden könne; es frage sich nun, ob der Gegenstand in die Abtheilungen zu verweisen sei.

Welcker und v. Jzstein bemerken, daß bei einem früheren ähnlichen Antrage, so wie bei der hannoverschen Frage, der damals anwesende Minister Hr. v. Bittersdorff keine Einsprache gegen die alsbaldige Entscheidung erhob. Von Seiten der Regierungskommission wird widersprochen, daß der Hr. Minister seine Zustimmung gegeben habe.

Sander glaubt, daß die Kammer nicht nöthig habe, den Antrag in die Abtheilungen zu verweisen, weil er kein Gesetz fordere; wolle man nicht sogleich abstimmen, so könne der Antrag in drei verschiedenen Sitzungen verlesen und dann abgestimmt werden.

Der Präsident bekräftigt, daß nach §. 52 der Geschäftsordnung der Antrag in drei verschiedenen Sitzungen verlesen und dann darüber abgestimmt werden könne, wozu

die Einwilligung der Regierungskommission nicht erforderlich sei.

Die Debatte über diese Frage wird von den Abgeordneten Mördes, Welcker, v. Jzstein, Sander, Gottschalk, Knapp, Schaaff und Kettig fortgesetzt; die beiden letztern bestehen auf der Verweisung des Antrags in die Abtheilungen.

Der Präsident bringt hierauf die Frage zur Abstimmung, ob die Kammer den Antrag des Abg. Welcker in Betracht ziehen wolle; diese Frage wird mit 33 gegen 19 Stimmen bejahend entschieden. — Der Vorschlag des Abg. Sander, den Antrag nach §. 52 der Geschäftsordnung dreimal (also noch in zwei folgenden Sitzungen) zu verlesen und dann darüber abzustimmen, wird ebenfalls angenommen.

Der Tit. III. Bundeskosten, wird für 1842 mit 32,950 fl. und für 1843 mit 27,800 fl. bewilligt.

Tit. IV. Verschiedene und außerordentliche Ausgaben. Die Regierung fordert, wie früher, 10,000 fl. Da aber die aus dieser Position bestrittenen Ausgaben für Consulate jetzt in einer besondern Ausgabenrubrik bewilligt sind, so schlägt die Kommission vor, für 1842 die Summe von 9,750 fl. und für 1843 9,000 fl. zu bewilligen.

Legationsrath v. Marschall bemerkt, daß es sich hier um eine runde Summe handle, die nicht genau fixirt werden könne, und es ihm deshalb gleichgültig sei, ob 9,000 oder 10,000 fl. bewilligt werden, indem die Regierung keine unnöthigen Ausgaben mache, nothwendige aber anweisen werde, selbst wenn der Fond überschritten werden sollte.

v. Jzstein entgegnet, daß die bewilligte Summe die Richtschnur sei, wonach das Ministerium seine Ausgaben zu bemessen habe und erläutert den Verhalt der Sache, wie er oben angedeutet ist.

Die Kammer nimmt den Antrag der Kommission an, und bewilligt sodann den Aufwand für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Ganzen für 1842 mit 134,330 fl. und für 1843 mit 129,930 fl.

Sander erinnert daran, daß er eine Frage wegen der Bundesfestung Rastadt an die hohe Regierungskommission angekündigt habe; da jedoch die Zeit so weit vorgerückt sei, wolle er dieselbe auf die Berathung über den Militär-Etat verchieben.

Schaaff. Ich bitte den Abg. Sander, doch ja nicht zu vergessen, diese Frage alsdann zu stellen, indem ich die nämliche Absicht gehabt habe.

Die Kammer schreitet zur Wahl von vier Mitgliedern in die Kommission zur Berathung der Motion des Abg. Kettig, auf Einführung einer Gewerbeordnung. Die in den Abtheilungen gewählten Mitglieder sind: Bleidorf, Schmidt, Reichenbach, Vogelmann und Lenz. Hiezu kommen durch die Wahl: Binz, Baum, Schaaff und Wagner.

Die Sitzung wird geschlossen.

Die nächste Sitzung ist vom Donnerstag auf den Freitag verlegt worden, wonach die Angabe in Nr. 76 zu berichtigen ist.